

Mehr als 200 Kräfte von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchen bundesweit im Zusammenhang mit schwerwiegenden Tatvorwürfen im Umgang mit transportunfähigen Rindern und Schweinen

Gemeinsame Pressemeldung der Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität in NRW (Staatsanwaltschaft Dortmund) und des Landeskriminalamtes NRW:

Mehr als 200 Einsatzkräfte der Polizei aus sieben Bundesländern und der Staatsanwaltschaft Dortmund haben heute an 30 Orten Durchsuchungsbeschlüsse im Zusammenhang mit dem Verdacht schwerwiegender Verstöße gegen das Tierschutzgesetz vollstreckt. Der bundesweite Einsatz ist durch das Landeskriminalamt NRW umfassend vorbereitet und koordiniert worden.

Die Ermittlungen richten sich gegen derzeit 40 Beschuldigte, u. a. gegen Verantwortliche von Viehtransportunternehmen und eines Schlachthofs in NRW.

Den Beschuldigten wird vorgeworfen, in die organisierte regelmäßige Anlieferung gravierend nicht mehr transportfähiger und nicht schlachtfähiger Tiere, insbesondere Rinder involviert gewesen zu sein.

Bereits vorgenommene Untersuchungen von angelieferten Tieren begründen den Verdacht, dass auf Grund verschiedener Erkrankungen nicht mehr schlachtfähige Tiere transportiert und zur Schlachtung angenommen worden sind. Dabei sollen die Tiere auf den zum Teil lang andauernden Transporten länger anhaltende erhebliche Schmerzen und Leiden erlitten haben.

Die Ermittlungen dauern an.

Rückfragen bitte an:

Auskünfte erteilen ausschließlich die Pressesprecher der ZeUK NRW (Oberstaatsanwalt Alexander Kilimann und Oberstaatsanwältin Britta Affeldt) unter Pressestelle@sta-dortmund.nrw.de und 0231/5415-706 oder -705.